OSI ▷ ZEITUNG

Die Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts

kostenfrei | Wintersemester 2014/15 | Ausgabe 17 | www.osi-zeitung.de



Brücken bauen oder Mauern einreißen?

Fotos: KLARA HIPPLER













Intro

Liebe LeserInnen,

am OSI kann man nicht nur Politikwissenschaft, sondern zum Beispiel auch Sozialkunde auf Lehramt oder Soziologie studieren. Im Master besteht außerdem die Möglichkeit, sich etwa auf Internationale Beziehungen, Umweltmanagement oder Gender and Diversity spezialisieren. Und trotzdem gab es in unserer Redaktion drei Jahre lang eigentlich nur PolitikwissenschaftlerInnen. Mit dem neuen Semester verschwand der Großteil der Redaktion ins Auslandssemester, dafür bekamen wir Verstärkung aus den Bereichen Geschichte, Publizistik und Kommunikationswissenschaften und Osteuropastudien.

So kam uns der Gedanke, uns genauer mit unseren Nachbardisziplinen zu beschäftigen. Trotz aller Unterschiede werden oft Brücken zwischen den Disziplinen geschlagen – doch manchmal werden auch sprichwörtlich Mauern aufgebaut. Dass man Mauern auch einreißen kann, wurde vor gut 25 Jahren bewiesen. Mit unserer Podiumsdiskussion haben wir versucht, eine Brücke zwischen der historischen und der politischen Betrachtung von Mauerfall und Wiedervereinigung zu bauen.

Während manche Mauern eingerissen werden müssen, drohen andere von selbst einzustürzen. Die stetig steigende Zahl von ErstsemesterInnen sprengt Seminare und Vorlesungen, weil an allen Ecken das Geld fehlt. Doch manchmal bleiben Hörsäle auch leer, wenn die Vorlesung keine Pflichtveranstaltung ist. Vielleicht müssen auch hier noch Mauern eingerissen werden.

Wir wünschen euch allen viel Spaß beim Lesen der 17. Ausgabe der OSI-Zeitung!

Eure OZ-Redaktion.

Inhalt

OSI titel

4 - **Deutsche Einigung kontrovers** Eine Podiumsdiskussion zwischen Mauerfall- und Wiedervereinigungsjubliäum
10 - **Ein Blick auf die Schönheit der Politik** Die Brücke zwischen Kunst und Politik baut das Zentrum für Politische Schönheit
12 - **Die Brücke nach Osteuropa.** Zukunft des Osteuropainstituts

OSI debatte

13 - **Für welchen Preis?** Überbuchung von Lehrveranstaltungen und Hochschulfinanzierung
16 - **Neue alte Gesichter in der Lehrerbildung** Neubesetzung der Sozialkundeprofessur
18 - **Viel Aufwand um nichts?** Unterbesuchte Afrikavorlesungen

OSI kosmos

20 - **Wohnst du noch oder studierst du schon?!** Das Studentenwerk verkürzt die Wohnzeit

OSI extra

22 - **Gegen die Angst vor dem Unbekannten.** Das Mentoringprogramm „Education Point“
24 - **Erasmus im Mutterland der Demokratie.** Auslandsaufenthalt in Canterbury

26 - **Zitate und Impressum**

Deutsche Einigung kontrovers

25 Jahre Wiedervereinigung. Es wurde viel gefeiert, aber wir wollten auch einen kritischen Rückblick wagen. Zeit für eine interdisziplinäre Podiumsdiskussion. Unsere Gäste waren Prof. Dr. Sabine Kropp, Inhaberin des Lehrstuhls „Politisches System der BRD" und Prof. Dr. Arnd Bauerkämper, Inhaber des Lehrstuhls „Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" .

Wie bewerten Sie die These, die ostdeutschen Frauen seien die Hauptverliererinnen der Wiedervereinigung?

Bauerkämper: Wenn man von den ökonomischen Faktoren absieht, bzw. sich auch die privaten Faktoren bewusst macht, sollte man diese These zumindest noch einmal differenzieren.

Kropp: Mir sind zunächst die ostdeutschen Rentnerinnen eingefallen, die eher als Gewinnerinnen zu sehen wären - wenn man denn überhaupt in diesem Zusammenhang von Gewinnerinnen oder Verliererinnen sprechen kann. Zumal sind langfristig auch die Modernisierungsimpulse nicht zu unterschätzen, die von dem Osten in den Westen gekommen sind, zum Beispiel in der Familienpolitik. Was die jüngere Generation betrifft, so sind laut einer Umfrage die ostdeutschen Frauen etwas konservativer und die westdeutschen Frauen etwas moderner geworden als die jeweils vorherige Generation, die Rollenbilder in Ost und West haben sich also aufeinander zubewegt - die Schere geht sozusagen zu.

Diese sich schließende Schere würde aber bestätigen, dass das Frauenbild in der DDR fortgeschrittener war als in der BRD.

Kropp: Mit Blick auf die ökonomische Selbstständigkeit von Frauen und die haushaltsinterne Aufgabenverteilung, ja - wenn auch nicht so sehr, wie die SED das nach außen hin propagiert hat. Wir dürfen zum Beispiel nicht vergessen, dass bis weit in die Nachkriegszeit in der BRD eine Frau nur mit Zustimmung ihres Mannes arbeiten durfte.

Welche Gründe würden Sie für die mangelnde politische Reformbereitschaft der DDR, auch verglichen mit anderen Ostblockstaaten, sehen?

Kropp: Ich würde dazu drei Punkte nennen. Zum einen war die Reformbereitschaft in der Sowjetunion doch eher begrenzt, und ein Großteil der Reformbewegungen in den nichtrussischen Republiken war nationalstaatlicher Natur, und zum andern kippte, auch wenn die Situation schon vorher als defizitär gesehen wurde, die Systemloyalität in der DDR erst ca. 1988. Ein dritter, sehr wichtiger Punkt, der die harte Haltung der DDR-Führung begründen mag, ist, dass das Alternativsystem in unmittelbarer Nachbarschaft existierte und damit die so genannte "Exit Option" der DDR-Bürger eine viel greifbarere Gefahr darstellte als in anderen Ländern. Und schließlich war es ja dann genau diese „Abstimmung mit den Füßen", die das System 1989/90 zum Einsturz gebracht hat.

Bauerkämper: Auch ich habe noch drei Punkte - zunächst einmal denke ich, dass wir jetzt im Abstand von 25 Jahren eine überschichtete Erinnerung haben, in dem die Reformbereitschaft der osteuropäischen Staaten größer erscheint, als sie tatsächlich war. Der zweite Punkt ist, dass für die SED-Führung der gescheiterte Aufstand von 1953 ein Schlüsselerlebnis war, genauso wie die Tatsache, dass die DDR diesen Aufstand nur aufgrund einer sowjetischen Militärintervention überstehen konnte. Darum war die DDR bei den Reformbewegungen in der Tschechoslowakei und Polen auch unter den Ersten, die einen sowjetischen Einmarsch forderten. Der dritte Punkt ist, dass sich die SED-Führung sehr früh darüber klar war, dass sie nur in ihrem eigenen Teilstaat weiter bestehen könnte. Sie konnte nicht darauf hoffen, Reformen zu überleben. In anderen Ländern Ostmitteleuropas waren die Staatssozialismen identisch mit den Staaten. Nur in Deutschland war die Frage der Reform unmittelbar verknüpft mit der staatlichen Einheit.

Wenn ich an meine Generation denke, konnte ich mir 1988/89 überhaupt nicht vorstellen, dass die Sowjetunion oder die DDR zur Disposition stand. In der kollektiven Erinnerung war die Annahme tief verankert, dass die wieder einmarschieren, wenn es hart auf hart kommt. Und das ist ja auch der Vorwurf, der Gorbatschow hinterher gemacht wurde: „Sie haben hier vitale Interessen der Sowjetunion aufgegeben."

Das wäre auch der Grund dafür, dass Honecker seine Position nicht geändert hat, obwohl er erkannt hat, dass aus Moskau keine Armee kommen würde.

Kropp: Er hat es vielleicht erahnt oder befürchtet. Es gab ja die Breschnew-Doktrin, die gesagt hat: „Wir müssen den Sozialismus verteidigen" - notfalls auch mit einem Einmarsch. Diese Doktrin ist von Gorbatschow intern relativ früh aufgegeben worden, aber das ist nicht bis zur SED-Führung durchgedrungen. Man konnte aus Sicht der SED bis 1989 hoffen, dass ihnen zur Not die sowjetischen Genossen zu Hilfe kommen.

Bauerkämper: Das ist auf beiden Seiten ein Handeln unter großen Unsicherheitsbedingungen gewesen, das darf man nicht vergessen. Keiner wusste, wie die Gegenseite reagieren und wohin eine Reaktionskette führen würde. Auch in Polen gibt es sehr schöne Untersuchungen, wie der polnische Systemwechsel auf Grundlage von gegenseitigen Missverständnissen und Fehleinschätzungen der jeweiligen Kräfte an den runden Tischen eigentlich vorangekommen ist.

Kropp: Wenn ich das in meinen Seminaren mache, ist das für mich immer ein gutes Beispiel für Kontingenz. Und Kontingenz ist ganz simpel nach Joachim Ringelnatz: „Nichts ist unmöglich, aber nichts ist notwendig". Das ist völlig offene Situation und hoch dynamisch. Innerhalb von wenigen Monaten verdichtet sich Geschichte.

Bauerkämper: Ein schönes Beispiel dafür ist der Versprecher von Schabrowski auf der Pressekonferenz, der dazu geführt hat, dass die Mauer innerhalb von Stunden durchlässig geworden war. Und Sie sehen jetzt in den Dokumentationen, mit welcher Dramatik diese Ereignisse abgelaufen sind. Das konnte man nicht prophezeien, das



Sabine Kropp und Arnd Bauerkämper mitten in der Diskussion

konnte man nicht absehen. Darauf reagiert man dann in Windeseile. Die Reaktionen können richtig sein, sie können aber auch falsch sein. Aber erst im Nachhinein weiß man, wozu bestimmte Schritte geführt haben.

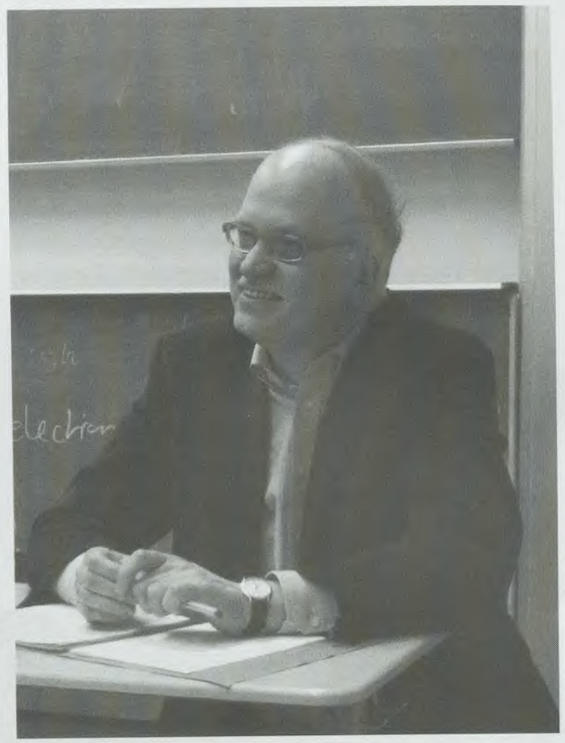
Inwiefern denken Sie, dass man die Wiedervereinigung als überstürzt betrachten kann?

Kropp: Das hängt von den Maßstäben ab. Was heißt überstürzt? Sie vollzog sich sicherlich sehr rasch. Aber es gab einen relativ starken Handlungsdruck. Die Flüchtlingszahlen eskalierten im Spätsommer 1989 mit den Botschaftsbesetzungen. Dadurch steigerte sich auch der Protest. Es kam hinzu, dass der Handlungsdruck durch die miserable ökonomische Situation der DDR erhöht wurde. Das war ein großes Problem, das übrigens nicht neu war, jedoch geriet die Situation 1989 immer mehr außer Kontrolle - zu Gunsten der westdeutschen Seite. Das konnte man schon sehen, als Anfang 1990 eine ostdeutsche Delegation versuchte, neue Milliardenkredite auszuhandeln. Die Bundesrepublik hatte bemerkt, wie schwach die ökonomische Lage der DDR war, und hat diese Forderungen zunehmend abgelehnt, beziehungsweise Reformforderungen gestellt. Das heißt, in dieser dynamischen Situation bildete sich eine Machtasymmetrie aus, die immer deutlicher wurde. Das hing zusammen mit der politischen Schwäche, auch mit der Legitimationsschwäche der SED, denn sie war ja nicht aus freien Wahlen hervorgegangen. Insofern muss man die Frage in diesen Kontext einordnen.

Das Bedürfnis nach Wiedervereinigung war vor allem in Ostdeutschland ausgesprochen hoch. Es gab einen starken Handlungsdruck auf die Eliten. Das Zeitfenster, das sich für die Wiedervereinigung öffnete, hätte sich auch wieder schließen können – auch in Hinblick auf die Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen, die dann einsetzten. Demnach musste die internationale Situation genutzt und die Wiedervereinigung beim Schopfe gepackt werden.

Bauerkämper: Ende 1989 und Anfang 1990 wurde schon deutlich, dass der politische und ökonomische Reformkurs von Gorbatschow auf sehr schwachen Füßen stand. Diese Auflösungstendenzen in den einzelnen Republiken der Sowjetunion waren in den späten 1980er Jahren deutlich sichtbar. Und im Rückblick: Der Putschversuch von 1991 zeigt auch, wie sehr Gorbatschows Position in dieser Zeit schon geschwächt war.

War es, abgesehen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sinnvoll, sich so stark vom öffentlichen Druck beeinflussen zu lassen?



Kropp: In dieser Zeit wäre es völlig unvorstellbar gewesen, dass die beteiligten Regierungen sich dem Wunsch nach einer schnellen Wiedervereinigung hätten entziehen können.

Wozu hätten die Bedenken der vier westlichen Großmächte führen können, wenn diese mehr Einfluss auf die Wiedervereinigung gehabt hätten?

Kropp: Es wäre interessant gewesen zu sehen, wie weit es zu dieser Art Institutionentransfer in die neuen Bundesländer gekommen wäre – nämlich zur kompletten Übernahme des Rechtsbestandes und des Institutionensystems der alten Bundesrepublik. Dies ist eine offene Frage. An der schnellen Einführung der D-Mark hätte jedoch nichts vorbei geführt.

Bauerkämper: Das Tempo begann in dem Augenblick, als Gorbatschow im Februar 1990 der politischen Zukunft eines selbstbestimmten Deutschlands zustimmte. Mitterand hatte seine Vorbehalte schon beigelegt. Thatcher rief im März 1990

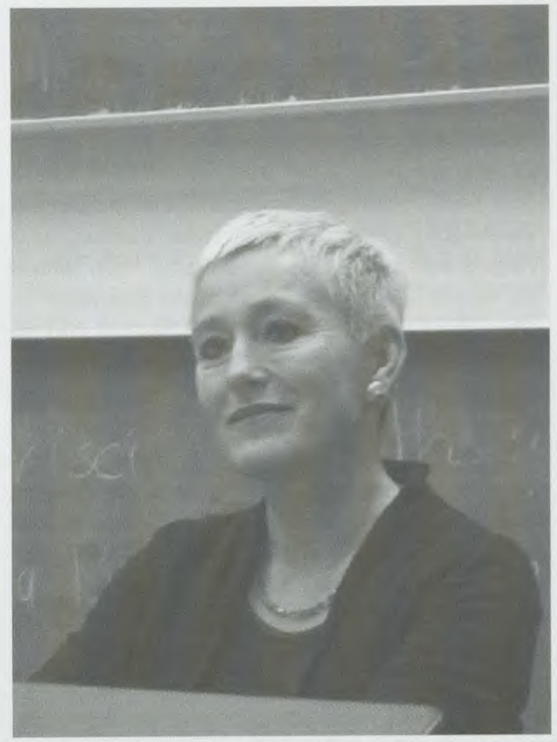
noch eine Runde von Historikern zusammen, die ihr bestätigen sollte, dass von einem wiedervereinigten Deutschland eine große Gefahr ausgehen würde. Aber der britische Außenminister Douglas Hurd gab diese Vorbehalte im März 1990 auf und dies war außenpolitisch das grüne Licht, dass die deutsche Einheit beschleunigte. Demnach war diese internationale Szenerie in der Tat wichtig. Hätten die eingebundenen Großmächte auf ein verlangsamtes Tempo gedrängt, hätten auch die deutschen Akteure gebremst. Aber das war schon deshalb nicht der Fall, weil sich George Bush Sr. schon sehr früh für die demokratische Selbstbestimmung der Deutschen ausgesprochen hatte – viel früher als Gorbatschow. Er unterstützte die Prozesse der Wiedervereinigung und Gorbatschow hatte dem letztlich nichts entgegengesetzt.

Kropp: Gorbatschow hat sich ja auch Vorteile in der Wirtschaftshilfe für die UdSSR versprochen, oder Zugeständnisse bei der Präsenz der NATO hinsichtlich der Westgrenzen.

Ist es ein Vorurteil, dass die DDR keine Chance hatte, ihre Errungenschaften in den Prozess der Wiedervereinigung einzubringen?

Kropp: Die Transformation der DDR war zunächst ein Institutionentransfer aus Westdeutschland in den Osten. Es fand die Übernahme des gesamten Rechtsbestandes mit nur wenigen Ausnahmen statt. Zudem war ein Personaltransfer zu beobachten, durch den westdeutsche Ministerialbeamte nach Ostdeutschland versetzt wurden, um die wirtschaftliche, politische und verwaltungstechnische Transformationen zu betreuen. Es gab aber auch einige Neuerungen, zum Beispiel direktdemokratische Elemente, die in Ostdeutschland wesentlich positiver gewürdigt wurden.

Auf der politischen Ebene gab es eine weitgehende Übernahme, was wir zum Beispiel dadurch sehen, dass die DDR der Bundesrepublik beigetreten ist und fünf neue Bundesländer geschaffen wurden. Sozial gesehen hat es jedoch Modernisierungsschübe in beide Richtungen gegeben. Und wenn man in die Details geht, zum Beispiel in die Kommunalverwaltung, sieht man, dass es durchaus endogene Entwicklungspotenziale innerhalb der Verwaltungen und Institutionen gibt. Diese führen bis heute dazu, dass nicht alles hundertprozentig angeglichen ist. Ich wage auch die These, dass es entweder noch sehr lange dauern wird, bis sich eine Angleichung wirklich abzeichnet, oder dass es dauerhaft zu Unterschieden kommt. Warum eigentlich auch nicht? Man muss ja nicht immer die finale Perspektive einer völligen Angleichung einnehmen, die es im übrigen innerhalb Westdeutschlands nicht gibt. Vielleicht noch eine Bemerkung, weil das sehr häufig als eine Art Übernahme, eine Art „take over" interpretiert wird.



Bauerkämper: Imperialismus?

Kropp: Imperialismus, genau. Wenn man diese Transformation vergleicht mit dem, was in anderen mitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten vonstatten ging, nämlich eine Reform der gesamten wirtschaftlichen und politischen Ordnungen unter den Bedingungen der alten Institutionen, dann muss man sagen, dass diese Art von Institutionstransfer nicht ohne Erfolg war. Denn wir sehen in Ungarn, Polen, gerade in den Anfangsjahren sehr viele Verwerfungen dadurch, dass man die politischen Institutionen und die Entscheidungsverfahren reformieren musste, um gleichzeitig Reformen zu betreiben. Die Gesetze waren oft von sehr schlechter Qualität. Von daher ist es auch nicht nur negativ zu betrachten, mit Ausnahme eines Gefühls, das tatsächlich eine Art

politischer Minderwertigkeitskomplex ist, welches dadurch langfristig entwickelt wurde.

Bauerkämper: Ich erinnere mich an das Frühjahr 1990, die Frage nach der Vereinigung nach Artikel 23, also der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, oder nach Artikel 146, wodurch die DDR nach der Vereinigung gleichberechtigt wäre. Faktisch aber vollzog sich die Wiedervereinigung nach Artikel 23, was in vielen Teilen des Ostens polemisch als „Anschluss" bezeichnet wurde. In der Tat sind die Institutions- und die Rechtsordnung weitgehend übernommen worden. Bei den Einstellungen gab es auch weiterhin deutlich Differenzen, das betrifft etwa das Verständnis von der Rolle des Staates, insbesondere im Hinblick auf Sozialpolitik, und auch die Priorisierung von Freiheit und Egalität, denn die DDR verstand sich als relativ egalitär. Die Einkommensunterschiede waren geringer als in der BDR. Und natürlich gab es einen Elitentransfer, bei den politischen Eliten jedoch mit Einschränkungen.

Kropp: Bei den politischen Eliten gibt es einen sehr starken Aufstiegskorridor, fast schon einen Schornstein.

Bauerkämper: Kommen wir zu einem schönen Gegenbeispiel zu den Ministerialeliten, die sehr stark aus Westdeutschland transformiert worden sind. Wenn man untersucht, wer eigentlich Geschäftsführer in den Nachfolgebetrieben der LPG wurde, dann sind das oft frühere Kader, die lokal vernetzt waren und das Vertrauen hatten.

Kropp: Was man auch manchmal vergisst, ist die Tatsache, dass die DDR-Eliten in der Spätphase ausgesprochene Abschottungstendenzen durchlebt haben. Aufstieg war immer schwieriger geworden und immer mehr den Kindern von Kadern vorbehalten. Die soziale Durchlässigkeit war in der DDR nicht gegeben, was wir manchmal vergessen, wenn wir die beiden Systemmodelle gegenüberstellen.

Gab es bei den Wahlen 1990 vielleicht ganz andere Ansätze, die nicht nur die Demokratie hervorhoben?

Kropp: Wenige – es gab Alternativen aus der Bürgerbewegung der DDR heraus und Diskussionen über die verstärkte Einführung von direktdemokratischen Elementen, aber sie waren letztlich schwer mehrheits- oder durchsetzungsfähig.

Bauerkämper: Das Demokratische Forum hat an der Wahl teilgenommen und auch andere Bürgerrechtsbewegungen, die für die erste Phase des Umbruchs wichtig gewesen waren. Sie plädierten für eine reformierte DDR und erlebten eine krachende Niederlage, wie man sie sich aus westdeutscher Sicht niemals hätte vorstellen können. Ich erinnere mich genau an diese Überraschung, sie hatten nur ca. 5-6% Prozent bekommen.

Kropp: Es ist auch aus anderen Transformationen, die wir untersucht haben, eine Erfahrung, dass denjenigen, welche sich in der Opposition befanden, häufig der Zugang zu Positionen innerhalb des alten Systems versperrt war. Sie verfügten über keine Erfahrungen mit Organisation oder Politik und insofern waren diejenigen im Vorteil, welche Organisationserfahrung hatten. Das ist in allen, auch jetzigen, Revolutionen eine ständige Beobachtung. Nach der Organisation von Protest dann die Übernahme von Positionen, die Erbringung von Verwaltungsleistungen oder „Policy Outputs", das Lösen von Problemen – all das setzt andere Fertigkeiten voraus. Das war eine bittere Erfahrung für diese Oppositionellen, dass sie diese friedliche Revolution wesentlich angeschoben hatten, dann aber im neuen Gesamtdeutschland nicht ankommen konnten, weil ihre Fähigkeiten nicht mehr gefragt waren.

Bauerkämper: Man muss vielleicht noch sagen, dass die Blockparteien massiv unterstützt wurden. Die liberaldemokratische Partei von der FDP, die Ost-CDU von der West-CDU. Diese Unterstützung fehlte den Bürgerrechtsbewegungen. Außerdem muss man sich vorstellen, dass es in der DDR in den ersten Monaten des Jahres 1990 extrem schwierig war, an technische Hilfsmittel zu kommen, die für jeden Wahlkampf heute völlig unentbehrlich sind. Kopierer zum Beispiel waren in der DDR keineswegs selbstverständlich. Die westdeutschen Parteien haben die gesamte technische Infrastruktur einfach dorthin transportiert.

Was waren andere mögliche Ansätze für ein neues politisches System in der DDR?

Bauerkämper: Der Druck, wenigstens eine Währungsunion einzugehen, war schon im März 1990 sehr stark. Und es zeichnete sich deutlich ab, dass der Druck darüber hinausgehen würde. Man kann darüber diskutieren, inwiefern das Ziel wirklich Demokratie war. Es war sicherlich ein Ziel, aber

im hohen Maße ging es um ökonomische Faktoren.

Kropp: Und Reisefreiheit war ganz wichtig.

Bauerkämper: Reisefreiheit und ökonomische Ziele. Dieser böse Spruch, der nach der Niederlage der Bürgerrechtsbewegung im März 1990 geäußert wurde - „Wir haben alle Banane gewählt" - ist natürlich überzogen. Aber das Versprechen, Westkonsum und ein westliches Lebensniveau zu bekommen, war sehr zuträglich. Das war auch eines von mehreren wichtigen Argumenten für die Währungsunion. Und die CDU versprach das im Grunde bei dieser Wahl. Kohl hat im März 1990 blühende Landschaften und damit einen besseren Lebensstandard versprochen.

Wünschen sich Menschen in Ostdeutschland tatsächlich die DDR zurück?

Kropp: Die Menschen vermissen bestimmte Teilerrungenschaften der DDR, die mit sozialer Gleichheit oder der Erfüllung von Grundbedürfnissen zu tun haben. Wichtig ist auch die Wahrnehmung, dass die soziale Einbettung der Personen besser oder enger gewesen sei. Aber selbst unter den Anhängern der Linkspartei wollen nur wenige die DDR zurück. Ich denke, es ist das starke Bedürfnis da, dass die Lebensleistung der Generation, die nach der Wende Unglaubliches geleistet hat, auch im Westen anerkannt wird. In den Biografien der Menschen, die 1989 30-35 Jahre oder älter waren, ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Beruflich haben die Menschen teilweise mehrere Wechsel durchlaufen - das zog enorme Verwerfungen für das Familienleben nach sich. Laut Umfragen ist diese Anerkennung der ökonomischen Aufbauleistung und der biografischen Brüche zentral für die Menschen.

Bauerkämper: Nach einer kurzen Phase der Euphorie 1990-91 hatten die Menschen schnell den Eindruck, übermächtigt worden zu sein. Man musste sich schnell an neue Konditionen und ein neues Rechtssystem anpassen. Man musste plötzlich Formulare ausfüllen, die man vorher nie gesehen hatte. Man war mit beruflicher Unsicherheit konfrontiert, die man in Zeiten der Vollbeschäftigung so nicht gekannt hatte. Die größten Verlierer waren diejenigen, die 1989 etwa 50 oder 55 Jahre alt waren und keine Chance mehr hatten, sich noch beruflich umzuorientieren, aber auch große Schwierigkeiten hatten, jetzt hier das Rentenalter zu erreichen. Sehr viele sind ja auch in die Frührente entlassen worden.

Kropp: Es sind bis 2000 1,2 Millionen DDR-Bürger in den Westen abgewandert, das muss man sich bei einer Bevölkerungszahl von 16 Millionen erst einmal überlegen. Es tauchten ganz neue Probleme für die Politik auf: Wie geht man mit schrumpfenden Regionen um? Oder damit, dass zu viele Wohnungen da sind? Auch den demografischen Knick, den die Transformation ausgelöst hat, konnte man nicht vorausahnen. Die Geburtenrate sank erst einmal auf 1,1 Kinder pro Frau ab. Inzwischen hat es sich wieder angeglichen.

Bauerkämper: In ökonomischer Hinsicht kann man noch ergänzen, dass viele westdeutsche Fachleute 1989 weiterhin glaubten, das ökonomische und vor allem das industriewirtschaftliche Potential der DDR sei erheblich höher, als es sich dann herausstellte. Einige sind tatsächlich der Propaganda auf den Leim gegangen, die DDR sei die elftgrößte Industriemacht der Erde. Es gab zwar Sachverständige, die das besser wissen konnten, aber dieses Ausmaß des ökonomischen Verfalls konnte sich niemand vorstellen. Kleine Geschichte am Rande: Ich bin im September 1989 von Osnabrück nach Berlin West gefahren, wie es damals noch hieß. Da fuhr man ungefähr sieben Stunden, weil der Zug so langsam fuhr, dass man nebenbei Blätter pflücken konnte.

Kropp: Als ich kurz nach der Wende aus Erlangen immer nach Halle gefahren bin, wurde die Lok noch umgespannt, weil die Schienenbreite nicht harmonierte und die Elektrifizierung der Strecke noch nicht vorangeschritten war. Da wurde eine Diesellok vorgespannt, man hatte eine halbe Stunde Zeit. Es gab dort Würstchenbuden und dann stiegen da alle aus und haben erstmal Brotzeit gemacht.

Bauerkämper: Das war ein Erlebnis. Das ist Ihnen leider entgangen. Manchmal fühlt man sich ein bisschen wie ein Berichterstatter aus einer fremden Welt, wenn man über diese Zeit redet.

Vielen Dank für diese interessante Debatte.

Ein Blick auf die Schönheit der Politik

Kunst und Politik lassen sich eindrucksvoll miteinander verbinden, wie das Zentrum für Politische Schönheit (ZPS) mit seinen vielen Aktionen gern auch auf radikale Weise unter Beweis stellt. Damit macht es auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam und appelliert an unser Verständnis von Moral und Politik. Die OSI-Zeitung stellt zwei besonders prominente Aktionen vor – die „Kindertransporthilfe des Bundes" und den „ersten europäischen Mauerfall".

Von Leonie Schlick

Die Aktionskünstlergruppe bezeichnet sich selbst als „Sturmtruppe zur Errichtung moralischer Schönheit" und als einen der „innovativsten Inkubatoren politischer Aktionskunst". Ihre Aktionen sind in der Tat innovativ – und provozierend.

So machte ein vermeintliches Hilfsprojekt für die Aufnahme syrischer Flüchtlingskinder durch deutsche Familien im Sommer 2014 auf sich aufmerksam. Dieses war augenscheinlich von der Bundesregierung und unter der Leitung von Familienministerin Manuela Schwesig organisiert. Eine professionelle Internetseite und Bildmaterial, das syrische Kinder mit Dankesbekundungen zeigte, vervollkommneten die Illusion, dass es sich tatsächlich um eine Hilfsaktion des Bundes handeln könnte. Und in der Tat meldeten sich viele deutsche Familien, die bereit waren, ein syrisches Kind aufzunehmen. Schnell bekannte sich jedoch das Künstlerkollektiv zur Inszenierung der sogenannten Kindertransporthilfe. Ihre Absicht sei gewesen, die Tatlosigkeit der Politik bloßzustellen und „die apokalyptische Situation Syriens in die Herzen der deutschen Gesellschaft zurückzuschieben".



© Zentrum für Politische Schönheit

Ein Flüchtling mit einem der Gedenkkreuze für Mauertote.

„Die politische Teilnahmslosigkeit der deutschen Zivilgesellschaft muss durch moralische Schönheit, politische Poesie und menschliche Großgesinntheit ersetzt werden."

Die Aktion spiegelt damit die konzeptionellen Ansprüche wider, die das Kollektiv an sich selbst und die Gesellschaft stellt. Die politische Teilnahmslosigkeit der deutschen Zivilgesellschaft müsse durch „moralische Schönheit, politische Poesie und menschliche Großgesinntheit" ersetzt werden. Daher sei diese Gesellschaft und ihre Umformung auch das Material der Aktionskunst, so der Begründer Philipp Ruch in einem Interview mit dem Bayrischen Rundfunk. Wie auch im Falle von syrischen Kriegsflüchtlingen müssten ungelöste Probleme der Öffentlichkeit und Politik aufgedrängt werden, vor allem dadurch, dass die Gesellschaft selbst Teil der Inszenierung wird und neue Sehnsüchte angeregt werden, nach Meinungsbildung und einer neuen Inspiration für den Umgang mit der Politik.

In diesem Sinne fuhr das Künstlerkollektiv auch im Oktober 2014 eine Aufsehen erregende Aktion auf. Die Gedenkkreuze für die Mauertoten wurden von ihrem Platz im Berliner Regierungsviertel entfernt und an die EU-Außengrenzen transportiert, wo sie als mahnender Auftrag an die deutsche Gesellschaft und Politik auf die „neuen Mauern" aufmerksam machten. Gleichzeitig reisten etwa 100 Befürworter der Idee nach Bulgarien, um einen neu errichteten Grenzzaun gegen illegales Einreisen niederzureißen und den „ersten europäischen Mauerfall" zu provozieren – zwar ohne tatsächlichen Erfolg, dafür begleitet von einem großen Medienecho und der Aufmerksamkeit der Politik. Mit dieser Doppelaktion versuchte das ZPS „das selbstbezogene deutsche Gedenken" von der Vergangenheit zu lösen und in die Gegenwart zu holen, um die Gedanken auf diejenigen zu lenken, deren Leben durch die EU-Außenmauern aktuell und akut in Gefahr gebracht werden.

Es ist diese enge Verknüpfung von Kunst und Politik, die das Unkonventionelle zulässt und somit auf originelle Weise die politische Teilnahmslosigkeit bekämpft – vielleicht unmittelbarer, treffender. Mehr Humanität, Menschenrechte und Engagement, besonders von der deutschen Zivilgesellschaft, will das ZPS einfordern. Etwas Schönes tun.

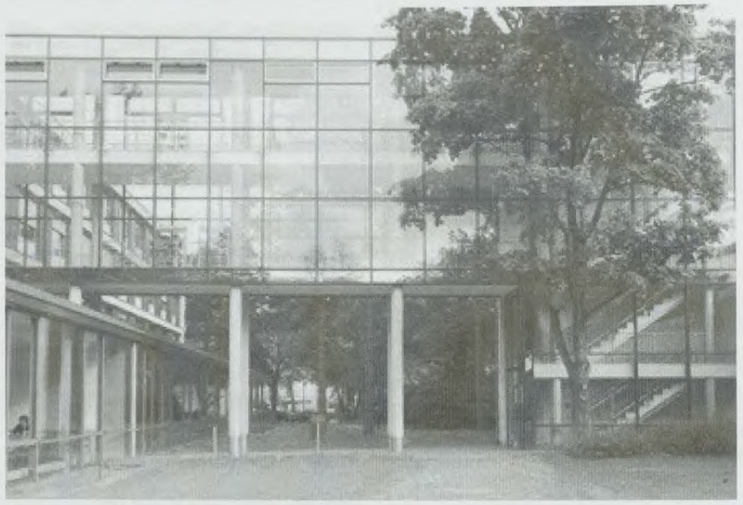
„Die enge Verknüpfung von Kunst und Politik lässt das Unkonventionelle zu."

Mehr Informationen über das Zentrum für politische Schönheit findet ihr online unter: www.politicalbeauty.de



© Zentrum für Politische Schönheit

Syrische Kinder mit Dankesbekundungen an Familienministerin Manuela Schwesig - eine Aufnahme, die die augenscheinliche Authentizität der „Kindertransporthilfe" verstärkte.



Die Brücke nach Osteuropa

Von Carsten Spandau

Sie waren da, die „Putin-Versteher“ und „Russland-Kenner“, und sie meldeten sich engagiert zu Wort. Nein, es braucht keine Euphemismen – die Wortfetzen flogen des Öfteren. Emotionaler Höhepunkt der diessemestrigen Vorlesungsreihe „Ukraine under construction” war wohl die einstündige Aussprache über die Diskussionskultur unter den Teilnehmenden selbst, initiiert von einer Studentin, die sich in der 10. Sitzung mit einem offenen Brief an ihre KommilitonInnen wandte. Sie fühlte sich im Vorfeld mehr und mehr missverstanden und persönlich angegriffen.

Die Krise in der Ukraine hat das bisher sicher geglaubte auf den Kopf gestellt. Was aber sicher bleibt, ist die Tatsache, dass Debatten um Geopolitik die Gemüter erhitzen – ob im Bundestag, in den diversen Polit-Talkrunden, in Nachrichtenbeiträgen oder eben am Osteuropa-Institut, wo sich Gastredner_innen und Studierende mit der Region auseinandersetzen.

Abseits der hochkochenden Emotionen wird die „Verortung Osteuropas” thematisiert, wie der gleichlautende Titel der Grundlagenveranstaltung für den Master Osteuropastudien verrät. Die Ringvorlesung dient nämlich in erster Linie der Einführung für die künftigen Osteuropa-Expert_innen, die das Mapping interdisziplinär betreiben. Speziell die Politikwissenschaftler_innen unter ihnen sollen durch das Studium zu Architekt_innen ausgebildet werden, um später als Brückenbauer_innen zwischen Regierungen zu fungieren. So lautet zumindest die Theorie. In der Praxis wurden nach dem Mauerfall viele Osteuropa-Forschungsinstitute geschlossen und auch das hiesige der FU Berlin hat mit seinen Existenzproblemen zu kämpfen. Prof. Klaus Segbers, der die Abteilung Politik am OEI leitet, weist seine Studierenden von Anfang an darauf hin, dass die Zukunft des Instituts auf der Kippe steht. Er ging nicht nur einmal lobbyieren, um es vor seiner Schließung zu bewahren.

Paradoxerweise veröffentlichte der Deutschlandfunk im Oktober 2014 einen ausführlichen Beitrag über den Mangel an Osteuropa-Expertise, der deutlich machte, dass es seitens der Politik und Wirtschaft ganz offensichtlich eine steigende Nachfrage gibt. Dieser Eindruck wird dadurch komplettiert, dass das Auswärtige Amt noch in diesem Jahr ein neues Institut, eine Osteuropa-Denkfabrik, gründet und es mit jährlich 2,5 Millionen Euro ausstatten wird. Auch die Stiftung für Wissenschaft und Politik und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik erhalten mittlerweile mehr staatliche Förderung für ihre Osteuropa-Forschung.

Warum steht das Osteuropa-Institut hingegen ständig vor dem Aus? Auch die Universitäten müssen gefördert werden, sonst bleibt wiederum etwas anderes aus, nämlich der gewünschte Nachwuchs. Dieser Auffassung ist auch ein Osteuropa-Experte, der sich in der WirtschaftsWoche äußerte und das vom Auswärtigen Amt geplante Institut als „neuen Wasserkopf” bezeichnete, namentlich aber nicht genannt werden wollte. Klar: Auf der Kippe zu stehen ist das eine, von der Brücke zu springen das andere.

Für welchen Preis?

Die Ziele der Berliner Hochschulpolitik sind hochgesteckt. Dem Zeitgeist entsprechend werden Schwerpunkte auf die Leistungsstärke und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule gesetzt. Aktuelle Entwicklungen, wie die Überbuchung von Studiengängen, als Resultat der mit den Zielen verbundenen vereinbarten Regelungen und Maßnahmen, werfen Zweifel auf, wer in Zukunft von diesem Konzept profitieren soll. Quantität statt Qualität scheint das Motto zu sein, wenn es um die finanzielle Unterstützung durch Länder und Bund geht.

Von Gesine Wittrich

Die Freie Universität Berlin zählt zu den größten Universitäten Deutschlands, dieses Jahr studieren hier um die 35.000 Student*innen. Volle Mensen, Hörsäle und Seminare sind für die meisten von uns Alltag. Stören tut das wohl auch die wenigsten, denn wenn man sich in Berlin bewirbt, ist man sich dieser Tatsache bewusst. Im Gegenteil – einmal eingelebt, lernt man die Vorteile einer so großen Uni zu schätzen. Sie gibt einem ein seltsam befreiendes Gefühl der Anonymität und dank der Pluralität der Kommilitonen, findet man überall ein offenes Ohr.

Um all die Student*innen muss sich gekümmert werden; das erfordert von Professoren*innen, Lehrbeauftragten und allen anderen Mitarbeiter*innen viel Arbeit, Organisation und Hingabe. Und was es auch erfordert ist viel Geld, um welches man sich aber, wenn es um Bildung geht, eigentlich am wenigsten Sorgen machen sollte. Dass die Realität anders aussieht, weiß jeder.

Wie die meisten, hat der Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften seit Jahren mit Kürzungen des Etats zu kämpfen, von finanziellem Spielraum und der damit verbundenen Flexibilität in der Planung kann keine Rede sein. Gleichzeitig ist in den letzten Jahren aber auch die Zahl der Bewerber*innen und letztlich Student*innen gestiegen, was wohl zum großen Teil an den doppelten Abiturjahrgängen liegt. Es kam dieses Jahr wieder in vielen, besonders in großen Studiengängen, zu Überbuchungen. Die Anzahl der Immatrikulationen übersteigt also die Anzahl der verfügbaren Studienplätze. Im WS 14/15 ist Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im Nebenfach mit 168% Spitzenreiter der Ausschöpfung der Plätze im Fachbereich. Mit mehr Studierenden steigt das Maß an zu erbringender Arbeit, Organisation und Hingabe. Nur die Anzahl und Zeit derer, die zum möglichst reibungslosen Ablauf an der Uni beitragen, steigt nicht im selben Maße. Wie stark diese Entwicklung die oder den Einzelnen betrifft, ist differenziert zu betrachten. Fest steht aber, dass sie vielen Professor*innen und deren Mitarbeiter*innen die Lehre erheblich erschwert.

Claudia, Master Sozialkunde, kann diese Entwicklung bestätigen: „Ich habe im Bachelor noch nach der Studienordnung von 2004 studiert, da gab es etwa Ideengeschichte und Moderne Politische Theorie als getrennte Module. Mit der neuen Studien-



Um zukünftig die Chancen auf einen Sitzplatz fair zu gestalten, schlage ich Stuhltanz vor.

Studienfach Kernfach / 60LP-Nebenfach	Verfügbare Plätze	Immatrikulationen	Ausschöpfung WS 14/15	Ausschöpfung WS 13/14
Politikwissenschaft	**161** / 95	**192** / 150	**119%** / 158%	**103%** / 92%
Publizistik u. Kommunikationswissenschaft	**102** / 90	**142** / 151	**139%** / 168%	**103%** / 111%
Sozial- u. Kulturanthropologie	**65** / 67	**76** / 89	**103%** / 133%	**115%** / 102%
Sozialkunde	**40** / 76	**53** / 92	**133%** / 121%	**102%** / 100%

Überbuchung im Fachbereich - Tendenz steigend

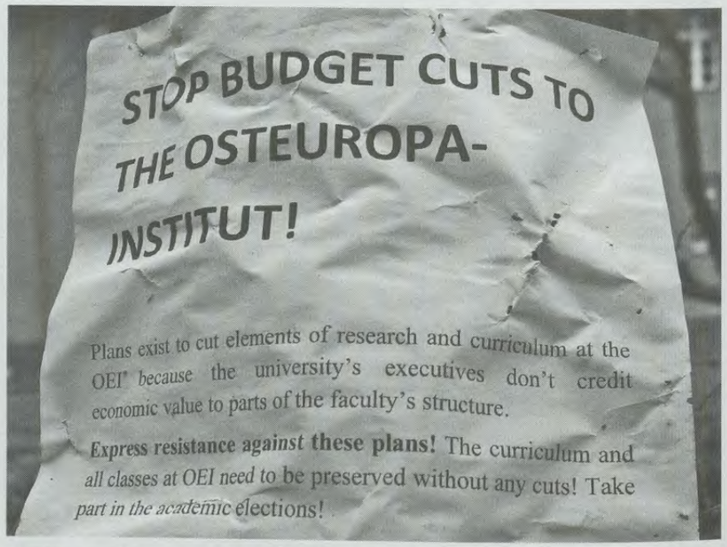
ordnung wurden sie zusammengelegt, wodurch die Uni sich so einige Seminare sparen und ohne Mehraufwand mehr Studierende durch den Theoriebereich bringen konnte. Allerdings gab es auch wirklich total überfüllte Theorieseminare. Ich hatte ein Ideengeschichteseminar mit 120 Leuten, das dann in den größten Hörsaal des Osteuropa-Instituts verlegt wurde. So haben wir fast ausschließlich in Gruppen gearbeitet und diskutiert. Insgesamt wurde das Beste aus einer schwierigen Situation gemacht, aber als wir dann fast alle eine Hausarbeit in dem Seminar schreiben wollten, taten mir die Dozentinnen Leid."

Die Ursachen dieses Problems sind komplex. Zum einen gilt seit 10 Jahren der Numerus Clausus - man kann sich nicht irgendwo einschreiben, man bewirbt sich an vielen Unis und wo es letztendlich hingeht, wissen viele bis kurz vor Beginn des Studiums kaum selbst. Und auch für die Uni ist es schwer im Voraus zu planen, da zum Beispiel lange nicht alle zugelassenen Bewerber sich letztendlich immatrikulieren.

Zum Anderen wäre es aber für die Finanzierungsstrategie der Berliner Hochschulpolitik ideal, würden alle vorgesehenen Studiengänge besetzt. Denn seit 2010 „belohnt" das System der leistungsbasierten Hochschulfinanzierung finanziell die Leistung der Uni. Gemessen wird letzteres im Bereich der Lehre mit quantitativen Indikatoren, so auch der Anzahl der Studienanfänger*innen. Wo es Belohnung gibt, gibt es auch Strafe. Wenn die Uni, die mit dem Senat vereinbarte Zahl der jährlich aufzunehmenden Studienanfänger*innen unterschreitet, werden Ihnen so auch Mittel gekürzt. Die FU soll mit 6.319 in Berlin am meisten aufnehmen. Das wiederum hängt mit dem Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern zusammen: Das Land Berlin verliert Geld, sollte die Zahl der Studienanfänger sinken. Alle wollen viele Erstis, die Uni muss es ausbaden.

Um einer möglichen Unterbesetzung entgegen zu wirken, schickt das Präsidium lieber zu viele als zu wenige Zusagen raus und nutzt die Beliebtheit großer, bekannter Studiengänge insofern aus, als dass es die Lücken, welche durch oft kleinere, unbeliebtere und somit unterbesetzte Studiengänge entstehen, füllt. Wenn also kleine Fächer unökonomisch werden, sind sie bedroht.

Hinzu kommen der Einfluss zweier weiterer Parameter, welche in den Verträgen festgehalten sind: „Die Finanzierungsbeiträge im Bereich Lehre werden auf der Basis von hochschularten- und fachspezifischen Vergütungssätzen honoriert. Die



Um kleinere Fächer und Institute werden sich bereits Sorgen gemacht.

Finanzierungsbeiträge richten sich nach der Anzahl der eingeschriebenen Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit (Lehrnachfrage) und nach der Anzahl der Absolventinnen und Absolventen (Output)."

Dass Student*innen nun jedoch nicht in irgendeiner Form gezwungen werden können und sollten, ihr Studium in der empfohlenen Zeit zu beenden, wird problematisch. Aber wenn das System der leistungsbasierten Finanzierung Druck auf die Universitäten in Form von drohenden Kürzungen im Etat ausübt, wirkt sich dieser wiederum auf die Studenten aus.

So fasst Steffen Haake, Sprecher der Juso Hochschulgruppe FU Berlin zusammen: „Ich sehe erstmal viele Student*innen nicht als Problem. Im Gegenteil – jeder sollte das Recht und die Möglichkeit haben, zu studieren. Mit der Anzahl der Student*innen muss aber natürlich auch die Quantität und Qualität der Lehre steigen. Schon allein, dass wir von „Überbuchung" sprechen, zeigt, dass es nicht so ist. Wir wollen daher für dieses Problem sensibilisieren und öffentlichen Druck aufbauen, um die Hochschulverträge an dieser Stelle langfristig zu ändern."

Der Senat sieht das anders und schreibt in einer Broschüre zur leistungsbasierten Hochschulfinanzierung, diese würde „insbesondere den Studierenden zugute [kommen], da bei der Hochschulfinanzierung die Qualität der Lehre an Gewicht gewinnt". Auch die Aspekte Autonomie und Planungssicherheit würden verbessert, „da die zukünftige Höhe ihrer Zuschüsse in Abhängigkeit von den eigenen, autonom steuerbaren Leistungswerten für sie im Voraus kalkulierbar ist und nicht mehr von den Entwicklungen an anderen Hochschulen abhängt".

Der Fachbereich PolSoz probiert also zu kalkulieren und Lösungen für die entstehenden Probleme zu finden. Um mehr Studenten im 1. Fachsemester zu erreichen, werden an der FU zum Beispiel kleinere Fächer zunehmend NC-frei angeboten. Auch das vermehrte Rühren der Werbetrommel könnte zum Ziel führen.

Doch das wohl größere Problem ist die möglichst effektive Produktion von Absolventen in Regelstudienzeit. Hier gibt es im Fachbereich verschiedene Ideen. Unter anderem soll den Studenten die Möglichkeit des Urlaubssemesters öfter vorgeschlagen werden, denn dieses zählt nicht als Fachsemester, sondern nur als Hochschulsemester und somit nicht zur Regelstudienzeit. Aber auch größere Maßnahmen könnten beschlossen werden. Denkbar ist eine erneute Veränderung von Studienordnungen, um zum Beispiel 10-LP-Module zu 15-LP-Modulen zu machen. Die Arbeit für die Studierenden würde quasi die gleiche bleiben, nur bekommen sie mehr Punkte und sind schneller fertig. Noch mehr Anreiz und Motivation für die Studenten würden wohl nur Studiengebühren bringen à la Geldzurückgarantie bei Abschluss in Regelstudienzeit.

Noch ist nichts beschlossen. Optimistisch zu bleiben ist wohl trotz allem angebracht. Finanzieller Druck ist keine Neuheit und in den letzten Jahren hat es der Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften und insbesondere das OSI immer wieder geschafft, eine freie Atmosphäre beizubehalten, in Relation gesehen mit Praktiken anderer betroffener Institute und Fächer, wo es kaum noch Wahlfreiheit gibt und Anwesenheitspflicht auf der Tagesordnung steht.

Viel Spielraum für Reformen gibt es jedoch nicht. Der jetzige Vertrag der FU mit Berlin gilt bis 2017, welcher wiederum aus dem Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern bis 2020 resultiert. Um hohe Qualität und Vielfalt der Lehre weiterhin zu gewährleisten, muss die gesamte Hochschulpolitik sich langfristig verändern. Wenn auf die verhandelnden Parteien kein Verlass ist, müssen die Betroffenen selbst Druck aufbauen und ihre Interessen deutlich machen.

Fächercluster	**Univ.**
Geistes- und Kulturwissenschaften; Bildende Kunst, Gestaltung	3.000 €
Gesundheitswissenschaften, Sozialwesen, Sport	5.600 €
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2.700 €
Experimentelle Naturwissenschaften	6.000 €
Analytische Naturwissenschaften (incl. Mathematik, Psychologie)	3.900 €
Veterinärmedizin	9.800 €
Ingenieurwissenschaften (ohne Wirtschaftsingenieurwesen)	5.100 €
Wirtschaftsingenieurwesen	3.600 €
Darstellende Kunst, Musik	3.000 €

Vergütungssätze für Studierende in der Regelstudienzeit - wieviel bist du wert?

Neue alte Gesichter in der Lehrerbildung

Zwei Jahre zieht sich die Neubesetzung der Sozialkundeprofessur nun schon hin. Nach Verzögerungen im Berufungsverfahren wird die Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin für Peter Massing vermutlich erst im nächsten Wintersemester fortgesetzt. Doch zumindest für die nächsten Jahre zeichnet sich nun eine Übergangslösung ab.

Von CLAUDIA ZINK

In der Lehrerbildung stehen am OSI einige Veränderungen an: Mit dem Wintersemester 2015/16 wird das Praxissemester im Master eingeführt und für den Bachelor Sozialkunde läuft die Arbeit an einer neuen Studien- und Prüfungsordnung, die ihre noch recht junge Vorgängerin aus dem Jahr 2012 ablösen soll. Und inmitten dieser Veränderungen ist Peter Massing, Professor für Sozialkunde und Politikdidaktik, im vergangenen Jahr aus dem aktiven Dienst ausgeschieden und nun als Seniorprofessor tätig.

Mit der Seniorprofessur soll es, laut einer Veröffentlichung der FU, „Wissenschaftlern nach Ausscheiden aus dem aktiven Dienst ermöglicht werden, weiterhin in der Lehre an der Hochschule tätig zu sein". Zugleich soll damit jedoch auch die Neubesetzung der regulären Professur ermöglicht werden – das gestaltet sich jedoch im Fall der Sozialkundeprofessur schwieriger als erwartet.

Bereits im Februar 2013 hat der Fachbereichsrat den Antrag auf Ausschreibung einer W2-Professur für Sozialkunde und Politikdidaktik angenommen und eine Berufungskommission eingesetzt. Im Herbst 2013 fanden dann Bewerbungsgespräche mit Anwärter_innen statt – das wirft die Frage auf, wieso die Professur weiterhin unbesetzt ist.



Peter Massing und Sabine Achour vertreten die Sozialkundeprofessur voraussichtlich im Sommersemester gemeinsam.

Die von der Berufungskommission erstellte Liste der Bewerber_innen ging problemlos durch Instituts- und Fachbereichsrat, doch die stellvertretende Zentrale Frauenbeauftragte legte Einspruch ein. Damit war eine Besetzung der Stelle zum Wintersemester 2014/15 nicht mehr möglich – und auch das Sommersemester 2015 erschien als recht optimistischer Zeitpunkt. Hinzu kommt, dass eine Neubesetzung der Stelle zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Reform der Lehrerbildung sowie laufender Forschungsprojekte nur schwer realisierbar wäre.

Vermutlich wird Peter Massing die Stelle inklusive Lehre noch bis einschließlich Sommersemester 2015 vertreten, ab Beginn des Sommersemesters dann wahrscheinlich mit Unterstützung von Sabine Achour. Sie wird die Stelle aller Voraussicht nach für drei Jahre als Gastprofessorin übernehmen. Jedoch ist zwei Monate vor Beginn des neuen Semesters weder der Vertrag von Peter Massing noch der von Sabine Achour unterschrieben. Auch die Personalstelle kann keine Angaben machen, wann das möglich sein wird. Theoretisch steht die Zukunft der Sozialkundelehre also weiterhin in den Sternen. Eine Neuausschreibung der Professur erfolgt dann vermutlich im Wintersemester 2015/16.

Neben der Neubesetzung der Professur für Politikdidaktik stehen auch Veränderungen an der bisher von Professor Niedermayer geleiteten Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie an. Außerdem hat der Fachbereichsrat die Ausschreibung einer W3-Professur mit dem Titel „Politische Soziologie der BRD" beschlossen.

Wie diese Stellenbezeichnung suggeriert, soll der Nachfolger oder die Nachfolgerin Niedermayers auch Aufgaben im Bereich „Politisches System der BRD" übernehmen und diese Arbeitsstelle entlasten. Forschungsschwerpunkte sollen im Bereich der quantitativen Methoden sowie der empirischen Wahl- oder Parteienforschung liegen, Expertise zu intermediären Systemen, also insbesondere der Gewerkschaftsforschung, ist erwünscht. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Neubesetzung dieser Professur dauern wird.

Anzeige

STUDENTEN OFFER
Wir sind ganz auf Studenten eingestellt.

...an der FU!
Filiale Dahlem I
Habelschwerdter Allee 37
14197 Berlin
Telefon 84 17 42 10
Telefax 84 17 42 36
e-Mail:
habelschwerdterallee@copy-center.de

Filiale Dahlem II
Ladenbergstr. 2
14197 Berlin
Telefon 83 00 93 10
Telefax 83 00 93 29
e-Mail:
ladenbergstr@copy-center.de

Weitere Standorte:
Schöneberg, Mitte/Kreuzberg, Tempelhof, Pankow, Potsdam

www.copy-center.de
SONDERPREISE FÜR STUDENTEN

KOPIEN ALLER ART
DIGITALDRUCKE
(Laser + Offset)
PERSONALISIERTE DRUCKE
BROSCHÜREN
EXEMPLARDRUCKE
DISSERTATIONEN
DIPLOMARBEITEN
SKRIPTE / READER
FLYER
VISITENKARTEN
XXL-DRUCKE
(Poster, Plakate)
PLATTENDRUCKE
BANNER
ROLL Ups
CD / DVD KOPIEN
SCANS
TEXTILDRUCKE
BINDUNGEN
STEMPEL

PC-ARBEITSPLÄTZE
(scannen, drucken, surfen)

Preisvorteil für Online-Besteller!
So kann bei uns online bestellt werden:

OnlineShop
www.campus-printshop.de

Der OnlineShop nur für Studenten.
(Selbstabholung oder Lieferung)
(Registrierung erforderlich)

digitales Mail Postfach
printpool@copy-center.de
(z.B. Buchscans aus Bibliotheken)
...oder mit Stick/Datenträger einfach vorbeikommen.

GUT KOPIERT IST HALB STUDIERT.
www.campus-printshop.de
www.copy-center.de

Viel Aufwand um nichts?

Obwohl das OSI das größte politikwissenschaftliche Institut Europas ist, wurde der Afrika-Schwerpunkt 2001 wegen Budgetkürzungen abgeschafft. Seitdem gibt es keine Möglichkeit mehr, sich im Studium mit unserem südlichen Nachbarkontinent auseinanderzusetzen. Um diese Lücke der Lehre zu füllen, wird seit 2005 vom OSI-Club die Afrika-Ringvorlesung angeboten.

Von Klara Hippler und Tamara Pataki

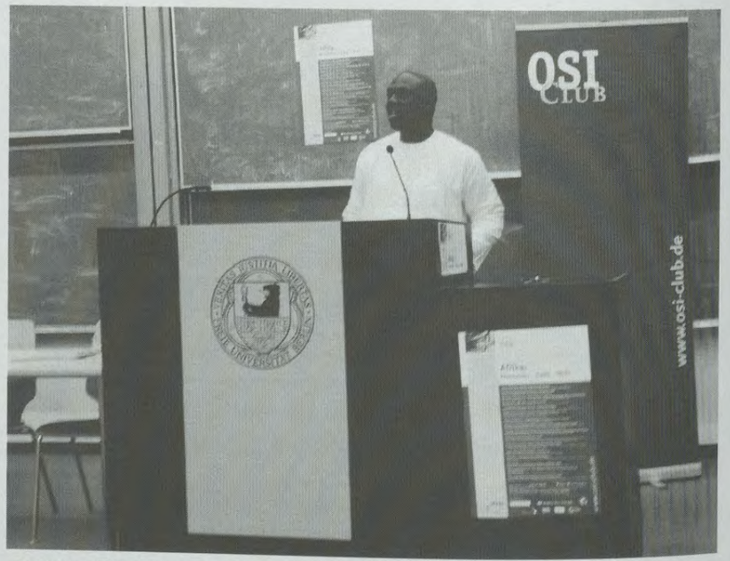


Die Organisatorinnen: links Lilian Seffer, rechts Stefanie Hirsbrunner

Sie findet jährlich im Wintersemester statt und trotz berühmter Gastredner_innen, interessanter Themen und vollen Reihen in den bisherigen Jahren bleiben in diesem Semester viele Sitze leer. Nur bei einem Bruchteil der Vorlesungen erschienen mehr als ein Dutzend Leute. Woher stammt diese neue Tendenz? Interessieren sich die Menschen am OSI und außerhalb nun weniger für Afrika, obwohl allein die Flüchtlingsströme ein allseits präsentes Thema sind und genügend Fragen für Forschung und Lehre aufwerfen sollten?

In jedem Jahr gibt es einen eigenen Themenschwerpunkt, wie zum Beispiel die afrikanische Frauenbewegungen oder die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents. Aktuell lautet der Titel „Afrika: Revolution – Stadt – Wahl", wobei der Fokus auf den drei Giganten Kenia, Südafrika und Nigeria liegt, in denen demnächst Wahlen stattfinden werden oder schon stattgefunden haben. Die Vorlesungen werden von Expert_innen aus allen Ecken der Welt präsentiert –von Bayreuth bis Timbuktu.

Mit der Planung ist ein enormer Arbeitsaufwand verbunden. Stefanie Hirsbrunner, Koordinatorin der Vorlesungsreihe, begann mithilfe ihrer Praktikantin Lilian Seffer schon im April mit der Planung. Je nach aktuellen Trends entscheidet sie über die Thematik und sucht nach Redner_innen. Die Ringvorlesung soll eine Plattform für afrikanische Stimmen sein, aber auch internationale Experten aus der ganzen Welt willkommen heißen. Dabei bietet der OSI-Club seinen Gästen auch die Möglichkeit, neben ihrer Teilnahme an der Ringvorlesung weitere Vorträge zu halten und neue Kontakte zu knüpfen. So bleiben die Redner_innen teilweise mehrere Monate und es kommt auch schon mal vor, dass das Organisationsteam sogar Mützen und Stiefeln für diejenigen bereitstellt, die vom Berliner Winter schlichtweg überrascht werden.



Satiriker Elnathan John sprach über die Übernahme von politischer Verantwortung in Nigeria

Doch trotz aller Vorbereitungen ist die Teilnahme an den Vorlesungen dieses Jahr besonders gering, was unter anderem daran liegt, dass die Veranstaltung aus dem Lehrplan gestrichen wurde und es somit auch keine Leistungspunkte für die Teilnahme gibt. Außerdem ist es sehr schwer, außerhalb des OSI einen Hinweis auf die Vorlesung zu finden. Die Onlinepräsenz ist minimal. Nicht einmal die Facebook-Gruppe der FU wurde genutzt. Daher braucht es möglicherweise einfach nur mehr Werbung, um die Publikumszahl zu steigern. Diesbezüglich weißt Stefanie Hirsbrunner auf die Schwierigkeit hin, dass sie im Gegensatz zu früher von nur einer Praktikantin unterstützt wird. Es waren einmal zwei.

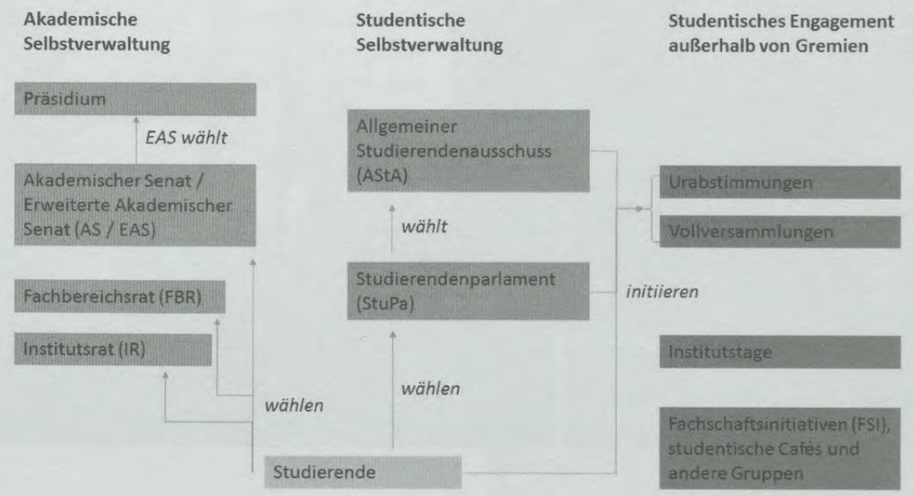
Ist die Vorlesungsreihe also viel Aufwand um nichts? Arbeit und Geld hinter Veranstaltungen, die von keinem gesehen werden? Die OSI-Zeitung hat die Vorlesungen besucht und ist überzeugt: Es lohnt sich! Zwar endet die Vorlesung am 10. Februar, doch für Interessierte gibt es die Möglichkeit, sich im nächsten Semester die Publikation zu der Veranstaltungsreihe anzuschauen.



Schade, dass der Hörsaal nicht jede Woche so aussieht

Hochschulpolitik einfach erklärt

FSI, StuPa, FBR, EAS, IR, AStA – wer weniger als die Hälfte dieser Begriffe zuordnen kann, sollte dringend auf unserer Website ***www.osi-zeitung.de*** *vorbeischauen. Hier ein kleiner Vorgeschmack:*



Wohnst du noch oder studierst du schon?!

Jeder, der in Berlin schon mal eine längerfristige Bleibe gesucht hat, kennt es: Die Preise auf dem freien Wohnungsmarkt und die langen Wartezeiten für einen Platz im Studentenwohnheim. Jetzt wurde auch noch die Wohnzeit in den Studentenwohnheimen verkürzt – Zeit endlich neuen studentischen Wohnraum zu schaffen!

Von Maria Dziobek

Mit dem Slogan „Du studierst, wir machen den Rest!" wirbt das Studentenwerk Berlin für eine Vielzahl von Angeboten, die den Studierenden zu Gute kommen sollen - von der studentischen Jobvermittlung über Kitaplätze bis hin zu einem warmen Mittagessen in der Mensa. Für fast alle studentischen Belange bietet es eine Lösung. Beim Thema Wohnraum stößt das Studentenwerk jedoch an die Grenzen seiner Kapazitäten.

9500 Wohnheimplätze für nunmehr 170.000 Studierende in Berlin sind eindeutig zu wenig. Vorrangig für Erstsemester_innen sollen mehr Plätze zur Verfügung stehen, indem die Fluktuation in Wohnheimen mit langen Wartelisten gesteigert wird – und zwar durch die Beschränkung der maximalen Mietdauer von sieben auf vier Jahre. Paradox daran ist, dass die Belegung in den Studentenwohnheimen bereits starke Schwankungen aufweist. Nur 10 Prozent der Mieter und Mieterinnen schöpfen die maximale Wohnzeitdauer tatsächlich aus. Problematisch ist auch, dass die geplante Verkürzung besonders Studierende in der Abschlussphase mit der Wohnfrage konfrontiert. Die Wenigsten erlangen beispielsweise ihren Bachelorabschluss in der Regelstudienzeit. Laut Tagesspiegel brauchten die Studierenden an der FU im Jahr 2012 durchschnittlich 7,3-7,9 Semester, um ihr Bachelorstudium abzuschließen.

Die Kürzungspläne riefen Vertreter und Vertreterinnen der Studentischen Selbstverwaltungen einiger Studentenwohnheime Ende des letzten Jahres auf die Barrikaden. Eine der Hauptforderungen: „Es muss möglich sein, nicht nur für sein Bachelorstudium einen Platz im Wohnheim zu bekommen!". Ein anderer wichtiger Kritikpunkt griff den hochschulpolitisch gern zitierten Charakter Berliner Universitäten auf: „Die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt können sich gerade die ausländischen Studierenden oftmals nicht leisten".



Wohnt man hier bald nur noch fünf Jahre?

Allen Zweifeln zum Trotz beschränkte der Verwaltungsrat des Studentenwerks am 11. Dezember 2014 die Mietdauer auf 5 Jahre. Unter Anwendung der Härtefallregelung kann die Mietzeit zusätzlich um 2 Jahre verlängert werden. Die neue Richtlinie tritt ab dem **1.4.2015** in Kraft. Sie gilt jedoch nicht für die Mietverträge, die bis zum **31.3.2016** auslaufen (Übergangsregelung) und somit noch nach der alten Richtlinie verlängert werden können.

Die Entscheidung wird von den Mieterinnen und Mietern in den Studentenwohnheimen überwiegend positiv aufgenommen. Vor allem die Einführung der Übergangsregelung führt zu einer großen Erleichterung und die Studentischen Selbstverwaltungen sehen sich in ihrem Protest bestätigt: „Ich bin stolz darauf, dass wir durch den energischen Protest von 580 Studierenden, die an der Onlinepetition teilgenommen haben, den Verwaltungsrat zum Einlenken bewegen konnten!". Eine andere Stimme bringt jedoch die entscheidende Quintessenz zum Ausdruck: „Einerseits kann ich die Argumente des Verwaltungsrats nachvollziehen, andererseits finde ich, dass nicht nur die Mietzeit verkürzt werden sollte, sondern dass in erster Linie neue Wohnheimplätze geschaffen werden müssen." Es wird also Zeit für das Studentenwerk und die Stadt Berlin, sich endlich „um den Rest" zu kümmern.

Blick Über

Ab dem 1.4.2015 wird die maximale Mietdauer in den Wohnheimen des Studentenwerks auf 5 Jahre verkürzt. Es gibt eine Übergangsregelung für bestehende Mietverträge.

Anzeige

STUDENTEN OFFER
Wir sind ganz auf Studenten eingestellt.

...an der FU!
Filiale Dahlem I
Habelschwerdter Allee 37
14197 Berlin
Telefon 84 17 42 10
Telefax 84 17 42 36
e-Mail:
habelschwerdterallee@copy-center.de

Filiale Dahlem II
Ladenbergstr. 2
14197 Berlin
Telefon 83 00 93 10
Telefax 83 00 93 29
e-Mail:
ladenbergstr@copy-center.de

Weitere Standorte:
Schöneberg, Mitte/Kreuzberg, Tempelhof, Pankow, Potsdam

www.copy-center.de
SONDERPREISE FÜR STUDENTEN

KOPIEN ALLER ART
DIGITALDRUCKE
(Laser + Offset)
PERSONALISIERTE DRUCKE
BROSCHÜREN
EXEMPLARDRUCKE
DISSERTATIONEN
DIPLOMARBEITEN
SKRIPTE / READER
FLYER
VISITENKARTEN
XXL-DRUCKE
(Poster, Plakate)
PLATTENDRUCKE
BANNER
ROLL Ups
CD / DVD KOPIEN
SCANS
TEXTILDRUCKE
BINDUNGEN
STEMPEL

PC-ARBEITSPLÄTZE
(scannen, drucken, surfen)

Preisvorteil für Online-Besteller!
So kann bei uns online bestellt werden:

OnlineShop
www.campus-printshop.de

Der OnlineShop nur für Studenten.
(Selbstabholung oder Lieferung)
(Registrierung erforderlich)

digitales Mail Postfach
printpool@copy-center.de
(z.B. Buchscans aus Bibliotheken)
...oder mit Stick/Datenträger
einfach vorbeikommen.

GUT KOPIERT IST HALB STUDIERT.
www.campus-printshop.de
www.copy-center.de

Gegen die Angst vor dem Unbekannten

Die OSI-Zeitung stellt Euch das Mentoringprogramm „Education Point – Schülerpaten für Spandau" vor.

Von Carsten Spandau

Egal welches Land, welche Stadt, welcher Bezirk – Bildung ist die Treppe für den persönlichen Aufstieg, das Lebenselixier für eine lebendige Zivilgesellschaft und ein Lieblingsthema auf Wahlkampfveranstaltungen. Man ist sich einig: Die Chance auf Bildung soll kein Sechser im Lotto, sondern mit in die Wiege gelegt sein. Ja, wir sind im „fortschrittlichen" Deutschland, aber haben deswegen auch alle die gleichen Chancen? Weit gefehlt - die soziale Herkunft kann eine Bleikugel am Bein oder die Sprungfeder unter den Füßen bedeuten. Eine unumstößliche Ungerechtigkeit?

An den deutschen Universitäten gibt es dreimal so viele sogenannte „Akademikerkinder" wie „Arbeiterkinder". Zwar verfügen letztere immer häufiger über eine Studienberechtigung, aber das Verhältnis ändert sich dennoch nicht. Die Abiturienten- und Studienanfängerquoten wachsen, während Kinder aus einem nicht-akademischen Elternhaushalt den Universitäten fern bleiben.

Dafür gibt es vielfältige Gründe, zum Beispiel den eigenen Wunsch nach einer dualen Ausbildung – das Studium ist schließlich kein Bildungsziel, sondern ein Bildungsweg – und die sogenannten „Aufstiegsängste", die mit der sozialen Herkunft einhergehen.

Außerdem spielt trotz BAföG die studienbedingte Verschuldung eine nicht außer Acht zu lassende Rolle, aber oft ist es schlichtweg die viel zitierte „Angst vor dem Unbekannten" und fehlendes Vertrauen in sich selbst. Ein Gefühl, das ein ganzes Leben als Geisel nehmen und verheerend wirken kann, wenn es bereits die sonst so neugierigen und mutigen Kinder im Grundschulalter packt. Dieselben Ängste tauchen schon bei der Frage nach der weiterführenden Schule auf und prägen Kinder und Eltern, die in „sozialen Brennpunkten" leben, besonders stark.

Diesen Umständen stellt sich ein Projektteam des Spandauer Jugend e.V. entgegen, welches OSI-Student Özden Szegin zusammen mit den TU-Studierenden Mirjam Landowski und Yakup Özkan vor zwei Jahren gegründet hat. In Kooperation mit der Lynar-Grundschule, dem Quartiersmanagement Spandauer-Neustadt, dem lokalen Bildungsverbund „BildungsWelle" und der Volkshochschule Spandau entwickelten sie das Mentoringprogramm „Education Point – Schülerpaten für Spandau", das sowohl leistungsstarke als auch leistungsschwächere SchülerInnen der 5. und 6. Klassenstufe individuell fördert. Die MentorInnen sind ehrenamtlich tätige Studierende, die ihre Mentees in ihrer Schullaufbahn begleiten und unterstützen. Dazu treffen sie sich in der Regel wöchentlich für vier Stunden.



Die MentorInnen und ihre Mentees

Ziel ist nicht primär die Verbesserung von Noten, sondern die Förderung der Motivation und der Umgang mit Lernstrategien sowie das Entwickeln neuer Interessen – in der Schule und im Alltag. Das Projektteam erklärt: „Es mangelt diesen Kindern schlichtweg an persönlichen Vorbildern, an Menschen, die den Kindern sagen: ‚Ich habe es geschafft, dann schaffst du das auch!' Deshalb haben wir das Mentoring für GrundschülerInnen entwickelt. Wir möchten die Kinder unterstützen, indem wir ihnen ihre eigenen Stärken aufzeigen, indem wir zeigen: ‚DU kannst das. Du musst auch nicht alles auf Anhieb beherrschen. Trotzdem oder gerade deshalb kannst du es schaffen.'" Auch Eltern und LehrerInnen werden in das Projekt einbezogen, doch der Pioniercharakter des Programms zeigt sich vor allem dadurch, dass die MentorInnen und Mentees durch gemeinsame Freizeitaktivitäten eine persönliche Beziehung zueinander aufbauen. Den MentorInnen wird dafür eine Aufwandsentschädigung in Form eines Stundenhonorars ausgezahlt, mit der kostengünstige Aktivitäten und Ausflüge organisiert werden können, wie zum Beispiel Hallenklettern, Schlittschuhlaufen oder der Besuch eines Planetariums.

Anlass für das Projekt waren die Ängste und Zweifel, die Özden, Mirjam und Yakup im Vorfeld bei ihnen bekannten Kindern selbst wahrnehmen konnten: „Durch unsere langjährige Erfahrung in der Jugendsozialarbeit haben wir festgestellt, dass viele Kinder sehr wenig Vertrauen in sich selbst und in ihre schulischen Leistungen haben. Viele Kinder dachten, wenn sie jetzt schon Probleme beim Lernen haben, wird es in der Zukunft nicht anders aussehen. Dabei ist es für den schulischen



Neues Interesse wecken. Lust auf Entdecken.

ebenso wie für den persönlichen Erfolg besonders wichtig, ein positives Selbstbild zu haben. Dazu benötigt es aber ein Selbstbewusstsein, das vielen Kindern in sozialen Brennpunkten fehlt." Education Point versucht, den Kindern die Angst vor dem Unbekannten zu nehmen, indem sie erfahren, dass sie bereits etwas können und dass nicht die Herkunft oder das Geschlecht entscheidend ist, sondern das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Das Projekt bekommt großen Zuspruch von allen Seiten und wurde bereits einmal um zwei Jahre verlängert. Bisher wurden 18 SchülerInnen in das Programm aufgenommen, aber es sollen in Zukunft noch mehr werden. Wünschenswert sei es, Education Point auch auf andere Schulen auszuweiten, doch dafür bräuchte es mehr MentorInnen und zusätzliche Förderung. „Wir alle haben sehr viele positive Erfahrungen mit den Kindern gemacht. Die vielen kleinen Erfolge machen uns stolz und geben uns die Kraft, weiter für dieses tolle Projekt zu arbeiten und zu kämpfen."

Bei Interesse könnt Ihr das Projektteam über folgende Mailadresse kontaktieren: **info@edupoint-schuelerpaten.de**

Erasmus im Mutterland der Demokratie

Ein Erasmusaufenthalt an einer britischen Hochschule bietet den Einblick in ein System, das einem entweder das Herz aufgehen lässt oder die Kehle zuschnürt. Marie Schröter berichtet über ihre Erlebnisse in Canterbury im Süden Englands.

Von Marie Schröter

Großbritannien steht stabil an vorderer Stelle der populärsten Plätze für einen Erasmusaufenthalt im Studium. Nur nach Frankreich und Spanien hat es 2012/2013 mehr Studierende gezogen. Viele treibt es in das Königreich, um die eigenen Kenntnisse in der Weltsprache zu verbessern, andere beeindrucken die Angebote der Eliteuniversitäten, die in Deutschland ihresgleichen suchen.

Dabei ist das britische Hochschulsystem nicht unumstritten, denn 2010 wurden per Gesetz Studiengebühren in Höhe von bis zu 9000 GBP pro Jahr für das Bachelorstudium ermöglicht, Masterprogramme sind ungedeckelt. Dank Erasmusstipendium konnte ich von den sehr gut ausgestatteten Unis profitieren, ohne selbst dafür bezahlen zu müssen. Damit ist ein Aufenthalt in Canterbury ein Paradebeispiel für die soziale Mobilität, die Erasmus ermöglichen möchte, denn ohne das Stipendium hätte ich mir den Aufenthalt nicht leisten können.

Auch mich hat die Verlockung angezogen, wissenschaftliches Arbeiten in Großbritannien kennenzulernen, von dem ich oft gehört hatte, dass es der deutschen Forschungslandschaft meilenweit voraus ist. Zudem schien es mir unausweichlich, meine Englischkenntnisse zu erweitern, um in Zukunft nicht mehr ewig für die englischen Journalartikel zu brauchen oder mich selber dabei zu ertappen, auf deutsche Literatur in der Recherche auszuweichen, weil es weitaus einfacher ist.

Die mittelalterliche Kleinstadt Canterbury im Süden Englands befindet sich im oberen Bereich der nationalen Rankings, obgleich nicht unter den ersten Plätzen. Die örtliche Hochschulverwaltung ist daher umso bemühter, gegen die historischen Riesen in Oxford und Cambridge anzukommen, was sich auch in der Studierendenzufriedenheit niederschlägt. Sie fällt regelmäßig überdurchschnittlich aus. Die Dozierenden reagieren unterstützend auf ausländische Studierende, binden die unterschiedlichen Erfahrungen ein und helfen bei Sprachbarrieren. In den Sprechstunden sind sie stets willkommen, auch wenn es nur darum geht, gemeinsam für den nächsten Essay zu brainstormen – mit oder ohne Anmeldung.



Der Blick vom Campus über Canterbury mit seiner berühmten Kathedrale

Darüber hinaus ist die Campusuni ein dankbarer Ort zum Ankommen, denn sie verbindet das soziale Umfeld mit dem Studium auf unkomplizierte Weise. Zusammen mit vielen anderen Studis habe ich nicht unweit der universitären Hauptgebäude gewohnt. Die Zimmer werden über die Universität bereitgestellt und Plätze für Erasmusstudierende sind garantiert. Sie sind etwas teurer als ein Zimmer in der Altstadt, aber auf der Insel tut jeder Mietpreis im Vergleich zu Berlin erstmal weh. Darüber hinaus ist man in der Luxussituation, von vielen Studierenden umgeben zu sein, die alle nach Wegbegleitern und Wegbegleiterinnen suchen. Entsprechende Events des Campuspubs helfen im Zweifel auch noch nach.

Diese Fürsorglichkeit hat jedoch ihren Preis, denn die Alma Mater wirkt somit fast paternalistisch. Das Studium lässt individuelle Pläne nicht hürdenlos zu und die vielen Regularien schnüren das studentische Dasein fest wie ein Korsett. Beispielsweise bleiben Fehlzeiten ohne einen Krankenschein der Universitätspraxis unentschuldigt. Hausarbeitsthemen werden aus einer Liste herausgesucht, die die Dozierenden vorlegen. Die Kurse müssen fast immer am eigenen Institut belegt werden und überwiegend dem peniblen Studienverlaufsplan folgen.

Das britische Hochschulsystem muss sich dem Vorwurf aussetzen, durch Verschulung den Studierenden das freie Denken abzunehmen. Es ist eine Absage



Die entspannte Kleinstadt Canterbury hat ihr ganz eigenes Lebensgefühl

an das humanistische Bildungsideal, in dem Studierende sich goethegleich in alle Interessensgebiete einlesen können. Andererseits bieten die gut ausgestatteten Universitäten einen traumhaften Betreuungsschlüssel und zahllose außerplanmäßige Angebote, kurzum ein Bildungs- und Vernetzungsparadies für all diejenigen, die sich in die Strukturen einfügen wollen. Ob sich die Motivation der Kommilitoninnen und Kommilitonen vor Ort aus dem Einblick in die Darlehen für die Studiengebühren speist oder Folge der fast unveränderten Lehrform aus der Highschool sind, kann nur gemutmaßt werden. Resultat sind jedoch gut vorbereitete und abwechslungsreiche Seminare, in denen diskutiert, analysiert und gelernt wird. Erasmus in Großbritannien ist wertvoll, nicht nur um die eigenen Freiheiten schätzen zu können, sondern auch, um die Einstellungen gegenüber der eigenen Lehre mal wieder kräftig durchrütteln zu lassen.

Auch meine Ansprüche an eine akademische Ausbildung wurden kräftig durchgerüttelt, Prioritäten neu gesetzt. Meine Englischkenntnisse habe ich verbessert, vor allem dank der Sensibilität der Dozierenden, wirklich alle Teilnehmenden in den Seminaren einzubinden. Ich habe es genossen, umfassend betreut zu werden, meine Ideen für Hausarbeiten entspannt diskutieren zu können, Mails innerhalb des gleichen Arbeitstages beantwortet zu bekommen und Seminare zu erleben, die abwechslungsreicher sind als der gewohnte Trott aus Studierendenvortrag und anschließender, allenfalls bemühter Diskussion. Und trotzdem glaube ich, dass wie immer das Optimum zwischen beiden Systemen liegt, denn in Canterbury hätte ich wohl nie gelernt, mir selber ein Hausarbeitsthema zu überlegen, die Größe von Forschungsvorhaben abzuschätzen oder mir mein Studium so zu gestalten, wie es für mich interessant ist und funktioniert, gerade durch die Flexibilität, die das OSI bietet.

In den Mund gelegt

An dieser Stelle drucken wir normalerweise Zitate ab, die am OSI tatsächlich zu hören waren. In dieser Ausgabe findet ihr dagegen Kommentare, die wir schon immer mal am OSI hören wollten.

Dieter Ohr: „Das können Sie auch verstehen, ohne drei Semester Statistik studiert zu haben."

Sven Chojnacki: (in einer Sprechstunde) „Benutzen Sie doch für Ihre Hausarbeit am besten den Realismus. Den haben Sie ja schon gut verstanden und mit Wissenschaftstheorie können Sie sich ja auch noch auseinandersetzen, wenn Sie mal in die Forschung gehen."

Frank Lettau: „Wir beschäftigen uns heute mit Methoden."

Klaus Roth: „Die Eule der Minerva...fliegt auch tagsüber."

Sven Chojnacki: „Das bedeutet Krieg!" (im Institutsrat zu Thomas Risse)

Sven Chojnacki zu Sabine Kropp: „Möchtest Du meine Joggingpartnerin sein?"

Bibliotheksangestellte: „Sie dürfen die Fenster heute selbst schließen."

ErstsemesterIn: „Was ist ein Nazi, der in einer Hochspannungsleitung hängt? Nationaler Widerstand."

Klaus Segbers: „Kampf den Anwesenheitslisten!"

Klaus Roth: „Ich will die Möglichkeit nutzen, für mein neusten Aufsatz zu werben: Die Genealogie des Staates kurzgefasst." (legt den Flyer auf den Visualizer)

Impressum

Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Verlag	Carsten Spandau Verlag Danziger Str. 144 10407 Berlin carsten.spandau@web.de
V.i.S.d.P.	Carsten Spandau
Herausgeber	Carsten Spandau
C.v.D.	Claudia Zink
Gestaltung	Maria Dziobek Tamara Pataki Claudia Zink
Titelbild	Beth Kitchen
Druck	Digitaldruckerei esf-print.de, Berlin
Redakteure	Maria Dziobek David Haase Klara Hippler Yulia Kudryavitskaya Tamara Pataki Leonie Schlick Carsten Spandau Gesine Wittrich Claudia Zink
Gastbeiträge:	Marie Schröter
Freie Mitarbeit:	Julian Jestadt
Anzeigen:	Carsten Spandau carsten.spandau@web.de

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der gesamten Redaktion wider.

Anzeige

